

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 95 (2010)
Heft: 1

Artikel: Mina Ahadi: Plädoyer für einen säkularen Iran
Autor: Lorenz, Fiona
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Fiona Lorenz

Mina Ahadi: Plädoyer für einen säkularen Iran

Unter dem Titel „Ist ein Ende der menschenverachtenden Diktatur in Sicht?“ referierte die Menschenrechtlerin Mina Ahadi in Trier über Hoffnungen und Enttäuschungen von Frauen und Dissidenten nach den Unruhen im Iran und plädierte für eine säkulare Regierung.

Eingeladen hatten die Terre-des-Femmes-Gruppe Trier und die Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden.

Mina Ahadi gründete 2001 das Internationale Komitee gegen Steinigung. Sie kämpft gemeinsam mit Anwälten und Menschenrechtsorganisationen gegen die barbarischen Steinigungsurteile und gegen weitere Menschenrechtsverletzungen. Sie hat viele Kontakte mit Menschen im Iran und weiss, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht erst mit den gefälschten Wahlen dieses Jahres begonnen hat.

Mina Ahadi hatte bereits vor der Wahl immer wieder darauf hingewiesen, dass man diesen Vorgang keine Wahl nennen könne, weil in diesem Land kein Recht auf freie Meinungsäusserung existiere. Oppositionelle Parteien durften nicht zur Wahl antreten und es durften auch keine Frauen gewählt werden. Die Kandidaten wurden von vornherein vom Wächterrat aussortiert. Mit dem Ergebnis, dass man zwischen vier Männern wählen konnte, die alle in den letzten 30 Jahren das Regime unterstützt haben und auch an der Macht beteiligt waren.

„Mit dem Kopftuch fängt es an“

Ahadi erzählt, sie sei in einem Dorf in Aserbaidschan als Muslimin zur Welt gekommen. Ihr Grossvater war ein Atheist und dessen freigeistige Haltung habe bei ihr schliesslich zur Abkehr vom Islam geführt. Im Alter von 19 Jahren demonstrierte sie in Tabriz gegen den Schah und für mehr Freiheit, Menschenrechte und Frauenrechte. Stattdessen gewannen Islamisten die Macht. Die Unterdrückung

begann mit dem Kopftuch, wandte sich zuerst gegen Frauen, dann gegen Kinder, Dissidenten, Homosexuelle und irgendwann schliesslich gegen alle Menschen im Iran.

Ahadi sah von Beginn an das Kopftuch als „Einzelzelle“, die sie von der Welt isolieren sollte, die die Geschlechterapartheid herbeiführte, und weigerte sich, es zu tragen. Sie durfte wegen ihres Widerstands nicht weiterstudieren und einige Monate später wurde ihr Ehemann neben Hunderten anderer Dissidenten von der Regierung hingerichtet. Ahadi ging in den Untergrund und flüchtete schliesslich nach Europa. Sie beschreibt die Situation: „Erst waren Männer mit Messern auf der Strasse. Dann waren Männer mit Kalaschnikows auf der Strasse.“

Seit 30 Jahren herrscht im Iran eine islamische Regierung, die für Morde, Hinrichtungen und Steinigungen verantwortlich ist. Seit 30 Jahren erniedrigt die Geschlechterapartheid die Frauen, nimmt ihnen ihre Würde, verweigert ihnen jede Teilhabe an der Gesellschaft. Steinigungen waren laut Ahadi bis zur Machtergreifung der Mullahs unbekannt, sie hielten erst mit den Islamisten Einzug. Frauen waren die Ersten, die wegen Ehebruchs gesteinigt wurden, später folgten Homosexuelle. „Wie kann es heute, im 21. Jahrhundert, Steinigungen geben?“, fragt Mina Ahadi das Publikum. Und keine andere Regierung setzt sich für die Menschen Irans ein! Sie wirkt entsetzt.

Menschenrechte: Das Regime weltweit verurteilen

Die westlichen Mächte sollten den Mut haben, dieses Regime zu verurteilen. Stattdessen aber werde die Zusammenarbeit mit der islamischen Regierung aufgebaut, sie werde nicht kritisiert, es sei denn wegen ihres Nuklearprogramms. Und die UNO habe sich noch nie zum Thema Steinigung geäussert. Mina Ahadi war in

New York, in Brüssel und Strassburg, hat mit Politikern gesprochen – sie ignorieren oder akzeptieren die Menschenrechtsverletzungen in den islamischen Ländern, da die politischen und wirtschaftlichen Interessen mehr Gewicht hätten als „ein paar Hinrichtungen“: Kulturrelativismus pur.

„Menschenrechte“, sagt Ahadi provokant, „sind relativ. Sie sind abhängig davon, wo jemand geboren ist, von der Haarfarbe, von der Hautfarbe.“

Ausserdem verzeichne die iranische Regierung keine wirtschaftlichen Erfolge und das Land kenne eine hohe Arbeitslosigkeit. Somit sei es kein Wunder, wenn Millionen Menschen gegen das islamische Regime auf die Strasse gingen. Für die Exil-Iranerin ist in der Tat eine revolutionäre Bewegung gegen die islamische, religionsgeprägte Regierung im Gange, nicht nur Proteste gegen die mutmasslich gefälschte Wahl von Mahmud Ahmadinedschad.

Man könne dem Land nicht ein Etikett geben: „Islamisches Land“. Es gebe kein islamisches Land, es gebe nur islamische Regierungen. Und der Islamismus sei auch nicht reformierbar. Angebliche Reformer wie Chatami haben trotzdem gesteinigt – nur nicht mehr auf der Strasse, sondern im Gefängnis. Eine wirkliche Reform bedeutet: Steinigung muss abgeschafft werden, die Todesstrafe muss abgeschafft werden.

Viele Frauen tragen die anti-islamische Revolution im Iran

Sind die Tage der frauenfeindlichen islamistischen Theokratie im Iran gezählt? Neda, eine Studentin, wurde während einer Demonstration erschossen und danach zu einer Leitfigur des Widerstands. Nedas Verlobter gibt jetzt im Ausland Interviews und sagt, Neda sei gegen das islamische Regime gewesen. Viele Frauen tragen die Revolution im Iran. „Die Frauenbewegung ist sehr gross“, berichtet Ahadi.



Mina Ahadi

Deutschland

Apostasie als Asylgrund

Die „Abkehr vom Islam“ soll künftig als Asylgrund gelten, wenn die Asylbewerber aus Ländern stammen, in denen Apostasie (Abfall vom Glauben) als Verbrechen verfolgt wird. Dies ist das Ziel einer Kampagne, die von den Initianten der „Kritischen Islamkonferenz“ in Deutschland gestartet wurde.

„Die Flucht aus der Heimat ist für Ex-Muslime oft die letzte Chance, grausamen Strafen zu entgehen“, heisst es in dem von Mina Ahadi (Zentralrat der Ex-Muslime), Hartmut Krauss (Zeitschrift Hintergrund) und Michael Schmidt-Salomon (Giordano Bruno Stiftung) verfassten Kampagnentext. „Bislang jedoch haben deutsche Gerichte die Gefahren, die diesen Menschen in ihren Ursprungsländern drohen, inskandalöser Weise heruntergespielt und ihnen das Recht auf Asyl verweigert.“

Ein besonders gravierendes Beispiel ist der Fall des iranischen Dissidenten Siamak Zare, der 2007 im Rahmen einer Aktion des „Zentralrats der Ex-Muslime“ öffentlich bekannte, dem Islam abgeschworen zu haben. Das Verwaltungsgericht Kassel ur-

teilte, dass die Abkehr vom Glauben in Zares Fall kein Asylgrund sei, da das „religiöse Existenzminimum“, etwa „das Gebet mit Gleichgesinnten“, nicht in Gefahr gerate. „Die Richter meinten offensichtlich, dass ein religionsfreier Mensch nicht am Beten gehindert werden könne, da er ohnehin kein Interesse daran hat“, erläutert Michael Schmidt-Salomon. „Daraus schlossen sie, dass religionsfreie Menschen nicht religiös verfolgt werden könnten, was an Absurdität schwerlich zu überbieten ist! Die Realität sieht bekanntlich völlig anders aus!“

„Allein im Iran wurden seit der Machtübernahme der Mullahs viele Tausend religionsfreie Menschen ermordet“, sagt Mina Ahadi. „Vor wenigen Tagen erst wurde ein junger Mann namens Ehsan Fattahian wegen ‚Abkehr vom Islam‘ gehängt. Ich frage mich: In welcher Welt leben diese deutschen Richter eigentlich? Wir werden das Skandalurteil gegen Siamak jedenfalls nicht hinnehmen! Vielmehr fordern wir die deutsche Politik und Justiz auf, endlich für eine humanere Asylpolitik zu sorgen!“

www.kritische-islamkonferenz.de/asyl.htm

Auch in der Schweiz gilt die Apostasie nicht als Asylgrund. 

England

„Evolution“ wird obligatorisch

Mit der Einführung des neuen Lehrplans wird ab 2011 „Evolution“ an den englischen Volksschulen zum Pflichtstoff gehören. Säkulare Organisationen sind jedoch alarmiert. Bei der Bekanntgabe bemerkten die Behörden nämlich, dass es zwar für Bekenntnisschulen keine Ausnahme gebe, dass „Evolution“ aber durchaus „in einer Weise gelehrt werden kann, welche das Ethos einer Schule reflektiert“. Das Gleiche gelte im Übrigen heute schon für das Thema „Sexualität“ bei unter 15-Jährigen.

Die *National Secular Society* meint dazu: „Diese Bemerkung kommt einer versteckten Ausnahme gleich. Religiösen Schulen wird damit ein Blanko-Scheck ausgestellt dafür, das Thema in ihrem Sinne zu lehren. Die Regierung katzbuckelt vor den Religionen und nimmt in Kauf, dass ihre Haltung dazu führt, dass Kinder intellektuell missbraucht werden. Wir fordern die Regierung auf, mit dieser fatalen bildungspolitischen Nachgiebigkeit aufzuhören.“

www.secularism.org.uk

rc

Eine Erhebung der FVS in den kantonalen Lehrplänen hat ergeben, dass „Evolution“ kaum vorkommt. Derzeit wird ein deutschschweizerischer Lehrplan ausgearbeitet. Er sollte 2012 in einer ersten Version vorliegen. 

Die Bevölkerung hat viel Kontakt ins Ausland, Menschen machen Fotos und Filme mit ihren Handys und stellen diese ins Internet, um Öffentlichkeit herzustellen. Und viele Demonstranten vertreten das Menschenrechtsprinzip, dass Religion vom Staat getrennt sein müsse. Sie verbrennen und zertreten Fahnen der Hisbollah oder Fotografien religiöser Führer des Landes. Ahadi berichtet, iranische Jugendliche würden sagen: „Wenn Gott so ist wie Ahmadinedschad, dann will ich diesen Gott nicht.“ Die Revolution sei eine säkulare, meint Ahadi: „Die Menschen möchten eine säkulare Regierung.“

Wie können wir hier in Europa einen echten Demokratisierungsprozess im Iran unterstützen? Mina Ahadi ist davon überzeugt, dass die Menschen im Iran selbst Menschenrechte gewinnen und die islamische Regierung abschaffen können. Sie ist strikt gegen militärische Eingriffe aus dem Ausland. Stattdessen setzt sie darauf, dass die Menschen in Europa Druck auf ihre Regierungen aufbauen, dass sie demonstrieren, Briefe schreiben und fordern, dass ihre Regierungen eindeutig Stellung gegen die Menschenrechtsverletzungen beziehen und ihre Botschaften im Iran schliessen.

Die iranische Regierung abzulösen, sie durch eine säkulare Regierung zu ersetzen, die Menschenrechte garantiert und Voraussetzungen für eine funktionsfähige Infrastruktur und Wirtschaft schafft – das könnte, so Ahadi, ein „sehr grosser Schritt in Nahost sein, der auch Auswirkungen auf den israelisch-arabischen Konflikt zeigen würde“. Die neue säkulare Regierung könne von einem charismatischen Leader geführt werden, und Mina Ahadi schliesst: „Warum nicht auch von einer Frau?“

www.hpd.de/node/8292